

CDU und SPD jetzt gegen Neubau der Unterkunft

Das Projekt sei zu teuer, und es gebe Alternativen für Flüchtlinge.

Von Thomas Raulf

Unna. Der Bau einer Flüchtlingsunterkunft an der Kamener Straße ist praktisch vom Tisch. Eine politische Mehrheit spricht sich inzwischen dagegen aus, weil die Stadt nicht genügend Geld habe. Im Gegenzug gibt es unterschiedliche Vorschläge für die alternative Unterbringung von Flüchtlingen.

Die Fraktionen von SPD und CDU rücken jetzt beide von dem Plan ab, an der Kamener Straße eine städtische Asylbewerberunterkunft durch einen Neubau zu ersetzen. Es stelle sich inzwischen die Frage nach der Notwendigkeit, sagt SPD-Fraktionschef Volker König. Die veranschlagten Kosten von 2,4 Millionen Euro erschienen ihm nun schwer darstellbar, da sich so viele finanzielle Schwierigkeiten abzeichnen. Bekanntlich ist der Haushaltsausgleich im Jahr 2020 in Gefahr.

Die CDU-Fraktion denkt in dieselbe Richtung. In einem Antrag erklärt der Vorsitzende Rudolf Fröhlich, diese Planung sei vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation „nicht vertret- und darstellbar“. Vielmehr könnte das Grundstück an der Kamener Straße verkauft werden und so

einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Für die Sitzung heute liegt dem Haupt- und Finanzausschuss bereits ein Antrag zum Projekt an der Kamener Straße vor. Die FLU-Fraktion forderte einen Planungsstopp. FLU-Fraktionschef Klaus Göldner gehörte schon im vergangenen Jahr zu den Kritikern dieses Verwaltungsvorschlags. Eine politische Mehrheit war im Oktober aber für die Aufnahme von Planungen gewesen. Aus der SPD-Fraktion hieß es seinerzeit noch, es sei „grob fahrlässig“, nicht entsprechend zu entscheiden.

Inzwischen gilt es auch in der SPD-Fraktion als fraglich, ob die zu erwartenden Flüchtlingszahlen den Bau dieser Unterkunft nötig machen, wie König erklärt. Es gebe zudem Alternativen. So könne eine Einrichtung am Büddenberg eventuell ertüchtigt werden. Dort, so König, wären Asylbewerber auch näher am Stadtkern, was für die Integration förderlich wäre. Die CDU-Fraktion will prüfen lassen, ob die Stadt Unna Räume in Nachbarstädten anmieten kann, um Flüchtlinge unterzubringen, die ihr zugewiesen werden.



Die städtische Asylbewerberunterkunft an der Kamener Straße ist über 60 Jahre alt. Sie müsste saniert werden, aber das gilt als unwirtschaftlich.

FOTO: ARCHIV